

Megatrend Nachhaltigkeit: Was 2021 alles nachhaltiger wird in Deutschland und Frankreich



Die Staats- und Regierungschefs der EU einigten sich im Juli 2020 auf ein umfassendes Paket, das zum Wiederaufschwung der EU-Wirtschaft beitragen soll. Eckpfeiler des Aufbauplans sind der Übergang zu einer grünen Wirtschaft und Nachhaltigkeit, mit der Verpflichtung zum Aufbau einer emissionsneutralen Wirtschaft und Gesellschaft bis 2050.

Welche Maßnahmen treten 2021 in Deutschland und Frankreich und EU-weit in Kraft, um die Nachhaltigkeit voranzutreiben und den CO₂-Ausstoß zu verringern? Die drei wichtigsten Maßnahmen im Überblick:

Verbot von Einwegprodukten aus Plastik

Ab dem 3. Juli 2021 sind bestimmte Einwegprodukte aus Plastik EU-weit nicht mehr erlaubt. Dazu zählen: Wattestäbchen, Besteck, Teller, Strohhalme oder Rührstäbchen.

Neue Vorgaben für Investmentfonds

Die EU will auch die Finanzwirtschaft stärker einbinden, um am Übergang ins nachhaltige Zeitalter mitzuwirken. So sollen mehr Gelder in Nachhaltigkeitsprojekte gelenkt oder Kredite bereitgestellt werden, die

Unternehmen dabei helfen, sich nachhaltiger aufzustellen.

Außerdem sollen in den Verkaufsprospekten von Investmentfond Informationen zur Nachhaltigkeit verpflichtend werden. Das regelt die EU-Offenlegungsverordnung, die am 10. März 2021 in Kraft treten soll.

Drastische Senkung der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor

Um die angestrebte Klimaneutralität zu erreichen, soll auch der Verkehrssektor seinen Beitrag leisten. Im Zuge der notwendigen Umgestaltung des Sektors müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2050 um 90 % gesenkt werden. Frankreich will bis 2050 die Klimaneutralität erreichen.

Im Januar 2021 wurde in Deutschland erstmals eine Bepreisung für den Ausstoß von CO₂ in den Bereichen Wärme und Verkehr eingeführt. Für Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel wird zunächst ein Preis von 25 Euro pro Tonne CO₂ angesetzt. Der Preis soll bis 2025 auf 55 Euro steigen. Umgerechnet bedeutet das eine Erhöhung von sieben Cent pro Liter Benzin und acht Cent pro Liter Diesel. Zurzeit haben zehn EU-Staaten eine vergleichbare Abgabe, darunter Frankreich und Ex-Mitglied Großbritannien.

Autor: Jitka Mencl-Goudier